

199

197

203

193

208

188

248

148

298

098

698

Stuttgart für Württemberg und die beiden Hohenzollern, \*)  
Mannheim für Baden und die Rheinpfalz,  
Frankfurt a. M. für sein Gebiet, beide Hessen und Nassau,  
Cöln für die preussische Rheinprovinz,  
Eislefeld für Westphalen,  
Braunschweig für Niederachsen,  
Hamburg für sein Gebiet und Schleswig-Holstein,  
Moskoo für Mecklenburg.

8) Jeder Localverein sendet regelmäßig alle Monate einen Bericht über den Stand der Demokratie in seinem Orte an seinen Kreisauschuss.  
Dieser Bericht enthält:

- a) die Angabe über die jedesmalige Zahl der Vereinsmitglieder.
- b) Ein Verzeichniß der im Laufe jedes Monats von dem Verein gefaßten und ausgeführten Beschlüsse.

In allen Angelegenheiten von besonderer Dringlichkeit und Wichtigkeit für die ganze demokratische Partei berichten die Localvereine direkt an den Centralauschuss.

9) Jeder Kreisauschuss erhält nach den Berichten der Localvereine seines Kreises monatlich Bericht an den Centralauschuss in Berlin.

Dieser Bericht enthält:

- a) eine statistische Uebersicht der Vereinsmitglieder,
- b) ein Verzeichniß aller Beschlüsse der Vereine des Kreises.

Die Kreisauschüsse berufen in nöthigen Fällen selbstständig oder auf Antrag eines Localvereins Kreisversammlungen.

10) Der Centralauschuss verfaßt von Zeit zu Zeit einen Bericht über den Stand der ganzen demokratischen Partei Deutschlands und über deren Thätigkeit. Er übersendet diesen Bericht den Localvereinen des ganzen Landes.

11) Der Centralauschuss befördert wichtige Vorschläge und Nachrichten eines Localvereins oder Kreisauschusses schleunig an sämtliche Kreisauschüsse und Localvereine Deutschlands, sowie er von sich aus alle ihm zur Förderung der demokratischen Sache nöthig erscheinenden Vorschläge und Anzeigen durch die Kreisauschüsse oder direkt an die Localvereine bringt.

12) Er beruft in dringenden Fällen den Congress der deutschen Demokraten.

Berlin, 10. Juli 1848.

Fröbel, Nau, Kriege, Mähren, Hegamer.

Anmerkung. Ein Plan zur Erhebung der für die gemeinsamen Bedürfnisse der Partei erforderlichen Geldmittel wird den Vereinen in Kurzem vorgelegt werden.

**Der gesunde Menschenverstand vor Gericht.**

In den badischen Regierungsblättern liest man folgende Aufforderung:

G. Struwe und R. Heizinger stehen dahier wegen Hochverraths, verübt durch die Presse, in Untersuchung; sie sind nämlich angeklagt, die Verfasser der Druckschrift: „An die Männer des gesunden Menschenverstandes in Deutschland“ zu sein.

Da uns deren gegenwärtiger Aufenthaltsort unbekannt ist, so werden sie hiermit aufgefodert, sich

Samstag, den 8. Juli d. J., Morgens 8 Uhr, dahier zu stellen und zu verantworten, widrigenfalls weiter verfügt werden soll, was Rechtens ist.

Konstanz, 16. Juni 1848.

Großherz. badisches Bezirksamt:  
Dielsche.

Hierauf haben die genannten Hochverräther mit folgendem Schreiben geantwortet:

An das Großherzoglich badische Bezirksamt Konstanz.

**Erklärung**

von G. Struwe und R. Heizinger, betreffend die Druckschrift: „An die Männer des gesunden Menschenverstandes in Deutschland.“

Wir haben uns sehr gewundert, aus der Karlsrüder Zeitung vom 26. Juni zu entnehmen, daß das großh. badische Bezirksamt Konstanz, Notiz genommen hat von unserer Druckschrift: „An die Männer des gesunden Menschenverstandes in Deutschland.“ Wie kann sich diese Behörde der Gefahr aussetzen, über so fremdartige Dinge urtheilen zu müssen, für die es im ganzen lieben Deutschland kein amtliches Forum gibt? Gesunden Menschenverstand oder Sinn für denselben haben wir von deutschen Bezirksämtern nie erwartet, und daß wir darin Recht hatten, beweist die erwähnte Aufforderung von 16. Juni von Neuem.

\*) Der Kreisverein zu Stuttgart ist laut Ministerialerlaß aufgelöst.

Wir werden des Hochverraths, verübt durch die Presse, angeklagt, weil wir uns an den gesunden Menschenverstand gewandt haben, der leider in Deutschland zur Zeit noch nicht zur Herrschaft gelangt ist. Hätten wir im Sinne des Unverstandes geschrieben, welcher, wie auf den Thronen, so auch bei den Gerichten und namentlich bei den Bezirksämtern, zu Hause ist, so wären wir nicht des Hochverraths beschuldigt worden. Wenn uns das großh. Bezirksamt die Versicherung ertheilen könnte, daß der gesunde Menschenverstand an dem Tage, auf welchen wir vorgeladen worden, nämlich am 8. Juli d. J., Morgens 8 Uhr, bei dieser bedauerlichen Behörde einkehren werde, so würden wir kein Bedenken tragen, der an uns gerichteten Aufforderung Folge zu leisten.

Bevor uns jedoch diese schwer zu schaffende Bürgschaft geworden, würden wir unverantwortlich gegen den gesunden Menschenverstand sündigen, wenn wir ihn bei dem großh. badischen Bezirksamte zu Konstanz persönlich ansuchen wollten.

Uebrigens denken wir mit den Appellationen an den gesunden Menschenverstand des deutschen Volkes so lange fortzufahren, bis er nicht bloß das großh. badische Bezirksamt, sondern auch alle andere Bediente des Großherzogs, (ja, was unglücklich erscheint, sogar den Großherzog selbst,) zu Bestand bringt.

Winnen kurzem werden wir dem Bezirksamte eine neue Probe unserer hochverrätherischen Gesinnung vorzulegen die Ehre haben, um darüber, wie es in der Karlsrüder Zeitung heißt, „zu verfügen, was Rechtens ist.“ (Berliner-Zeitung.)

**Politische Nachrichten.**

Frankfurt. (Verhandlungen der Nationalversammlung.) In der Sitzung vom 14. Juli wurde der Antrag W y d e n b r u c k s gegen die Sondergelüste des Königs von Hannover in folgender Fassung angenommen:

„Das deutsche Volk verlangt die Anerkennung der Nationalversammlung und ihrer Wirksamkeit, verlangt, daß jeder dagegen Handelnde für einen Rebellen erklärt werde, trage er eine Blouse oder eine Krone.“

In der folgenden Sitzung vom 15. Juli wurde die Vermehrung des stehenden Heeres um 340,000 Mann beliebt. Da sind wir begierig, wie das Volk diesen Beschluß aufnehmen wird. Bereits werden Gegenadressen berathen.

Berlin, 12. Juli. Der Antrag Jakobys in der Berliner Nationalversammlung: die Versammlung wolle erklären, daß sie die Befugniß der Nationalversammlung anerkenne, ohne zuvor die Zustimmung der einzelnen Staaten einzubolen, jenen Beschluß zu fassen, durch welchen ein unverantwortlicher Reichsverweiger ernannt wird, daß sie aber glauben, einer jeden Kritik jenes Beschlusses sich enthalten zu müssen, wurde mit 240 gegen 35 Stimmen verworfen, und hat diese Majorität ihre Stelle gegenüber der Nationalversammlung genugsam bezeichnet. Die Herren der Rechte mögen sich hüten, so viel von Geseßlichkeit und Einbeit zu plaudern, denn ihre Handlungen zeigen wenig von diesem Geiste.

Im Odenwalde, besonders in Michelstadt, sind Verhaftungen vorgenommen worden. — Aristokraten sind's nicht, die man verhaftet hat, aber auch keine Proletarier, sondern Bürger und vermögliche Bürger, die des Republikanismus beschuldigt sind. (B. W.)

**Anzeigen.**

Stuttgart.

Ein gebildetes Frauenzimmer mit den besten Zeugnissen sucht eine Stelle als Gesellschaftlerin oder Hausverwalterin hier oder auf dem Lande. Das Nähere Nothelbstraße Nr. 4. 1 Treppe hoch.